

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 21

Rubrik: Zusammenhänge ; Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sitzengebliebenen Sozialismus-Apologeten

Was gegenwärtig in Osteuropa passiert, ist umwerfend: Eine Welt geht unter, die sozialistische. Und seltsamerweise ist es jene Welt, die eigentlich bis anhin als grundsätzlich «progressiv» galt, als zukunftsnotige Alternative zur westlichen Profitgesellschaft, der die exklusive Schuld zukam am Hunger in der Welt so gut wie an der Zerstörung der Natur. Doch nun ist es die Alternative, die platzt, der Sozialismus, offen desavouiert von jenen, die ihn erfahren haben. Das schafft Wahrnehmungsprobleme. Aber sie sind da, um überwunden zu werden.

Das Problem stellt sich im Westen nicht für dessen sozialismusablehnenden Bestandteil, dem die geballten Zeugnisse von drüben höchstens mehr recht geben, als er angenommen hatte (siehe zum einen von vielen Beispielen die sowjetische Aussage zur ständigen und ständig geleugneten Arbeitslosigkeit in der UdSSR auf Seite 8; kein hiesiger Antikommunist hätte das zu sagen gewagt). Wohl aber stellt es sich für die Sozialismusbefürworter aller Schattierungen: Von den gelogenen Friedenskämpfern im Schulterschluss mit den sozialistischen Militärgesellschaftsordnungen über die Christen für den Sozialismus und währschafte Sozialdemokraten schweizerischer Prägung bis zum auch nur vermeintlich liberalen Haufen, der geschmäckerlich bis feige jedem Verdacht zu entrinnen suchte, mit antikommunistischen Vorurteilen behaftet zu sein. Sie alle tun sich heute schwer mit der Wirklichkeit. Schwerer übrigens als etwa die italienischen Kommunisten, welche den realen Sozialismus schon vorwegnehmend so behandelten, dass ihnen heute die Entwicklung im Osten mehr recht als unrecht gibt. Aber vergessen wir die deklarierten Parteimitglieder; es gibt genügend vertrautere Bewusstmacher, die noch nicht merken wollen, wie sehr sie selber die Orientierung verloren haben.

Die Sozialismusedtarnung findet heute ungefähr überall flagrant statt; die momentan aktuellsten Beispiele sind in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit die DDR und Ungarn.

Oder sind die Ereignisse vielleicht doch nicht flagrant genug? Das frage ich mich manchmal, wenn ich die bedeutungsschwächeren Aussagen über die Haltung der Opposition in der DDR höre oder lese.

In den letzten Tagen und Wochen sind oppositionelle Gruppierungen in der DDR wie Pilze aus dem Boden geschossen und begreifen registriert zu werden. Und tatsäch-

lich: Nicht eine von ihnen stellt in ihrem Programm oder in ihrer Erklärung die Forderung nach Abschaffung der sozialistischen Ordnung. Ergo: Die Opposition wünscht in der DDR den Sozialismus nur zu reformieren und nicht etwa zu ersetzen.

Nur leider wird aus der scharfsinnigen Schlussfolgerung ein läppischer Fehlschluss, sobald man die simple Frage stellt: Was würde mit Opponenten passieren, die sich als Feinde des Sozialismus deklarieren und formieren würden? Und schon erübrigt sich jeder Hinweis auf die Anerkennung des Sozialismus «an sich» durch die Bürger. Anerkannt wird das faktische Bestehen einer Diktatur und sonst gar nichts.

Wenn sich ein Regime weigert, eine alternative Partei oder eine sonstige alternative politische Kraft zuzulassen und sich ihr in einem freien Wahlkampf zu stellen, so hat es dazu einen einzigen plausiblen Grund: Es weiss sich einer demokratischen Mehrheitsfindung nicht gewachsen. Die schiere Tatsache, dass die sozialistische Ordnung nicht in Frage gestellt werden darf, weist auf die Wahrscheinlichkeit hin, dass sie von der Bevölkerung abgelehnt wird; sonst dürfte man es auf die Probe ankommen lassen und würde es auch.

Das ist soweit nur eine Überlegung, wenn auch eine logische. Ob die Bevölkerung «grundsätzlich» am Sozialismus festhalten will oder nicht, wird man sehen, wenn sie sich straflos dazu äussern kann und wenn sie dann frei darüber befinden kann. Inzwischen lässt sich an zwei andern Ländern, an Polen und Ungarn, analogieschlüssig sehen, wohin es führt, wenn man sich auf den Weg der freien Meinungs- und Willensbildung begibt: Der Sozialismus wird abgeschafft.

Ungarn ist deshalb ein ganz besonders interessanter Fall, weil es über Jahre hinweg eine gestaffelte Antwort auf die Frage ermöglicht, was die Bevölkerung von einem reformierten Sozialismus hält. Janos Kadar, 1956 als sowjetischer Befehlsvollstrecker an die Parteispitze gekommen, legte ab 1961 sein Statthalterimage ab und führte das Land auf einen ausgesprochenen Reformkurs. Unter der Losung «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns» nistete sich die kleine Freiheit ein; das Beispiel für den liberal gehandhabten Sozialismus schien gegeben, und auch im Westen glaubte man jahrzehntelang an die Weiterentwicklung in diese Richtung. Aber dann erwies es sich, dass das angesichts des möglich gewordenen gesellschaftlichen Drucks bei weitem nicht genügte, und auf den Reformen Kadar folgte der Superreformer Karoly Grosz. Nünmehr ist dieser schon nach kürzester Zeit sozusagen ins reaktionäre Abseits gestellt worden. Letztlich deshalb, weil die Leute keine Entwicklung innerhalb des Sozialismus wollen, sondern eine Entwicklung vom Sozialismus weg. Das sind die Realitäten, die man anerkennen muss, wenn man von Osteuropa spricht.

Christian Brügger

Die letzten Tage und Wochen haben in Osteuropa einen neuen Schub an politischen Grossereignissen gebracht, und um so viel schwerer wird eine Rückkehr auf frühere Bahnen sein. Den einstigen Ostblock gibt es schon längst nicht mehr, aber es fragt sich bereits, was für einen Sinn das Wort vom sozialistischen Lager denn noch hat. Was noch übrigbleibt, sind die Organisationsformen von Warschau-Pakt und RGW, und ihr Inhalt ist nicht mehr der gleiche wie zuvor.

Ungarn ist in die nachsozialistische Ära eingetreten. Die bisherige kommunistische Partei, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), hat sich in die Ungarische Sozialistische Partei (USP) gewandelt, und hinter dem Namenswechsel steht ein entscheidender Wechsel der Ausrichtung. Die Freiwilligkeit des Vorgangs bestand nur bedingt; zur Hauptsache hat die Partei das *Fait accompli* der gesellschaftlichen Wirklichkeit anerkannt, die sonst auch ohne ihr Mittun gesiegt hätte; wie ausgelaugt die kommunistische «Macht» bis zum Parteikongress bereits geworden war, zeigt Prof. Revesz in seinem Beitrag auf Seite 4.

In der DDR ist es klargeworden, dass das SED-Regime bisheriger Prägung ausgespielt hat. Auf die Flucht- und Protestbewegung weiss es keine liniengerechte Antwort mehr und sucht immer deutlicher in die Ära nach Honecker einzulenken, bei der die Partei viel weniger zu lenken haben wird als zuvor. Das Beispiel zeigt gleichzeitig, was für Beschleunigungen eintreten können, wenn eine regierende Partei ihre Standfestigkeit dadurch beweist, dass sie die Strömung betonhart zurückstaut – bis zum Punkt, bei dem die Überflutung einsetzt oder die Dämme brechen. Das gleiche gilt auch für die Tschechoslowakei, wo sich die Opposition wieder so regt wie vor 1968, aber in einem wahrhaftig anders gewordenen Umfeld.

Womit die Frage der sowjetischen Hin- und Herbewegung gestellt ist. Bei seinem Besuch in Ostberlin zeigte Gorbatschow so deutlich als es unter den gegebenen Umständen möglich war, dass er eine Perestrojka auch in der DDR für unabdingbar hält, und im Falle Ungarns beglückwünschte er mit demonstrativer Schnelligkeit den neuen USP-Vorsitzenden Reszö Nyers. Das Argument, die Sowjetunion brauche in Osteuropa stabile Verhältnisse, ist insofern nur von relativem Wert, als Regimes à la Prag oder Ostberlin bloss scheinbar stabil sind. Ein sowjetisches Veto wäre allenfalls nur von einer ganz andern Sowjetführung zu erwarten, und dann stünden wir ohnehin einer völlig neuen Situation gegenüber.

Christian Brügger